

Das Ende der unipolaren Welt



17. Juni 2023 | Veniamin Popov

Die globale Weltordnung steht am Rande einer radikalen Umgestaltung.

Vor 30 Jahren sahen die westlichen Mächte im Zusammenbruch der Sowjetunion, der aus deren inneren Schwächen und Fehlern resultierte, eine noch nie dagewesene Gelegenheit, die Welt zu beherrschen, indem sie mögliche Konkurrenten mit allen Mitteln abschreckten.

Vielleicht ist es eines der wichtigsten Merkmale der heutigen Zeit, dass diese Wahrheit den Ländern des so genannten Globalen Südens dämmert: Sie verstehen, dass die Instrumente dieser Abschreckung „Dämonisierung, Isolierung, Einmischung, politische Sabotage, Entwicklung von Provokationen und Krisen, Sanktionen, eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht, einschließlich offener militärischer Invasionen“ waren.

Diese Worte wurden kürzlich vom Präsidenten Eritreas, Isaias Afwerki, ausgesprochen.

Diese US-Strategie, die darauf abzielt, die Hegemonie Washingtons zu bestätigen und zu stärken, ist gescheitert und wird von der absoluten Mehrheit der Weltbevölkerung abgelehnt. Die ägyptische Zeitung *Al Ahram* brachte diese Auffassung am 30. Mai klar zum Ausdruck.

Die Vorstellungen von US-Präsident Joe Biden, alle Länder in demokratische und autoritäre Lager einzuteilen, erweisen sich zunehmend als künstlich und untauglich. Das auffälligste Beispiel aus jüngster Zeit ist der entscheidende Sieg von Recep Tayyip Erdoğan bei den türkischen Präsidentschaftswahlen Ende Mai dieses Jahres. Und das, obwohl die amerikanischen Medien „den schrecklichen Zustand der türkischen Wirtschaft sowie die Erdbeben vom Februar, die schätzungsweise

50.000 Menschenleben forderten und Zehntausende von Verletzten zur Folge hatten“, als Grund für Erdoğan's „vernichtende Niederlage“ anführten. Der Beobachter der *New York Times* Bret Stephens kommt in diesem Zusammenhang mit Erstaunen zu dem Schluss, dass „es Dinge gibt, die den Menschen wichtiger sind als ihr Gehaltsscheck“.

Auflehnung gegen das West-Diktat

Immer mehr Entwicklungsländer lehnen sich offen gegen das Diktat des Westens auf. Nehmen wir zum Beispiel Tunesien, ein kleines Mittelmeerland, das mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Im Oktober 2022 wurde mit dem IWF eine grundsätzliche Einigung über ein fast zwei Milliarden Dollar schweres Hilfspaket erzielt. Die Verhandlungen mit dem IWF sind seit mehreren Monaten ins Stocken geraten, weil er die Umstrukturierung der staatlichen Behörden und die Abschaffung der Subventionen für wichtige Güter fordert. Um ein „ausländisches Diktat“ zu vermeiden, schlug der tunesische Präsident Kais Saied vor, die reichsten Bürger zu besteuern, d.h. überschüssiges Geld von den Wohlhabenden zu nehmen und an die Armen zu verteilen.

Der Solidaritätsmechanismus der Entwicklungsländer beginnt aktiver zu wirken: Die Afrikanische Export-Import-Bank hat Tunesien ein Darlehen von einer halben Milliarde Dollar gewährt.

Washington übte enormen Druck auf die arabischen Staaten aus und verlangte von ihnen, die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga nicht zuzulassen. Dennoch nimmt die Normalisierung der Beziehungen zu Damaskus immer mehr Fahrt auf.

Die arabischen Staaten, wie auch andere Länder des arabischen Südens, haben verstanden, dass sie ihre Sicherheit und ihre Interessen ohne Rücksicht auf Washington selbst verteidigen sollten – daher die Versöhnung zwischen Iran und Saudi-Arabien und der Beginn von Diskussionen über Sicherheitssysteme am Golf ohne die USA.

Das offensichtlichste Beispiel für eine unabhängigere Rolle der Staaten des globalen Südens ist ihre Weigerung, sich den vom Westen verhängten anti-russischen Sanktionen anzuschließen. Es ist bemerkenswert, dass kein einziges Land mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit trotz des Drucks Washingtons zugestimmt hat, die restriktiven Maßnahmen der westlichen Mächte gegen Moskau zu unterstützen. Seit dem Beginn des russisch-ukrainischen Konflikts hat der Handel Russlands mit China, Indien, Brasilien, dem Iran und vielen anderen Entwicklungsländern deutlich zugenommen.

Das jüngste Treffen der OPEC+ hat einmal mehr gezeigt, dass der Druck des Westens nicht die erwarteten Ergebnisse bringt: Es ist nicht gelungen, Russland und Saudi-Arabien gegeneinander aufzubringen. Außerdem wurde beschlossen, das Niveau der Ölförderung bis Ende 2024 beizubehalten.

In einer 2022 vom *Arab Research Center* in Doha durchgeführten Umfrage gaben 78 Prozent der Befragten in 14 arabischen Ländern an, dass die USA die größte Quelle von Bedrohungen und Instabilität in der Region sind. Gleichzeitig bezeichnet die Mehrheit die USA als „eine heuchlerische imperiale Macht, die nur Lippenbekenntnisse zu Menschenrechten und Demokratie abgibt“.

Neutrale Blockfreie

Die ägyptische Presse berichtete, dass im Rahmen der Bewegung für eine multipolare Welt einige blockfreie Staaten beschlossen haben, ihre eigene Vereinigung, die Transactional-25 (T25), zu

gründen: Sie haben beschlossen, in Bezug auf die Ukraine neutral zu bleiben und weder mit den USA noch mit China oder Russland ein Bündnis einzugehen, und sie betonen, dass sie ihren eigenen nationalen Interessen und Sorgen Vorrang einräumen.

Die prominentesten Mitglieder der T25 sind Brasilien, Indien, Indonesien, die Türkei, Südafrika und Saudi-Arabien.

Die blockfreien Länder haben nur begrenztes Vertrauen in die Institutionen der internationalen Ordnung nach 1945 unter Führung der USA, wie z. B. in den IWF. Der brasilianische Präsident Luiz Inacio Lula da Silva wirbt für seinen „Friedensclub“ zur Beendigung des Krieges in der Ukraine, um die wachsende Bedeutung der blockfreien Länder zu unterstreichen. Auch Indien will seine diesjährige G20-Präsidentschaft nutzen, um die Agenda des globalen Südens voranzutreiben.

Die vielleicht besten neuen Trends in der modernen Weltordnung zeigen sich jedoch in dem Wunsch vieler Entwicklungsländer, den BRICS beizutreten oder sich mit diesem Verband auf gemeinsame Aktionen zu einigen. Gleichzeitig ist die attraktivste Idee die Entdollarisierung der modernen Welt, d.h. der Übergang zu internationalen Handelsabrechnungen in nationalen Währungen. Die Idee, eine neue gemeinsame Währung zu schaffen, wird unter den BRICS-Mitgliedern immer aktiver diskutiert.

Fast jeden Tag gibt es neue Hinweise auf eine unabhängigere Politik der Entwicklungsländer. Kürzlich wurde auf dem 42. ASEAN-Gipfel in Indonesien die Absicht der Region unterstrichen, nicht als Vermittler bei der Beilegung der Spannungen zwischen den USA und China aufzutreten: Die Entscheidung des Gipfels, sich dem Druck Washingtons zur Eindämmung Chinas im indopazifischen Raum zu widersetzen, bedeutet, dass die ASEAN nicht zum Spielball der amerikanischen Geopolitik wird.

Auch in Westeuropa werden allmählich nüchterne Stimmen lauter: Die Chefin der französischen Nationalversammlung, Marine Le Pen, erklärte, die Krim gehöre zweifellos zu Russland, und das Schweizer Parlament stimmte gegen die Lieferung von Waffen an das Kiewer Regime.

Es besteht kein Zweifel daran, dass wir alle in naher Zukunft Zeugen neuer positiver Veränderungen des Kräfteverhältnisses auf der Weltbühne werden. Und es besteht auch kein Zweifel daran, dass Russlands Erfolge bei seiner militärischen Sonderoperation in der Ukraine diesen Prozess beschleunigen werden.